

## **P1 Innenministerien grün besetzen!**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 11.02.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1 Die vergangenen Monate waren geprägt von zunehmender Repression. Ob gegenüber  
2 Geflüchteten, Demonstrierenden während des G20-Gipfels, gegenüber  
3 Umweltaktivist\*innen im Rheinischen Braunkohlerevier, Journalist\*innen oder im  
4 Fall von Überwachungsmaßnahmen der gesamten Gesellschaft gegenüber. Schon länger  
5 beobachten wir autoritäre Tendenzen in der Innenpolitik.

6 Der Rechtsruck verschärft eine Situation, in der das bloße Hinterfragen von  
7 staatlichem Handeln, sei es der Polizei oder von Geheimdiensten, schon als  
8 radikal gilt. Das Hinterfragen von staatlichem Handeln ist aber keine  
9 linksradikale Praxis - es ist das Grundprinzip des Rechtsstaats. Als GRÜNE  
10 JUGEND NRW werden wir weiterhin das Handeln von Polizei, Geheimdiensten,  
11 Ministerien und Justiz hinterfragen und kritisieren. Wenn das linksradikal ist -  
12 dann sind wir eben linksradikal.

13 Unsere Gesellschaft befindet sich an einem Scheidepunkt. Wollen wir mehr von  
14 unseren Rechten aufgeben, nur um vermeintlich viel Sicherheit zu erhalten? Oder  
15 wollen wir frei, unbeobachtet und ohne Angst leben? Wollen wir eine Politik, die  
16 auf Abschottung zielt oder auf eine erfolgreiche Einwanderungsgesellschaft? Viel  
17 zu oft gehen bei Regierungen unter grüner Beteiligung die Innenministerien an  
18 Andere. Es darf nicht länger ein unausgesprochenes Gesetz sein, dass in einer  
19 Koalition das Innenministerium an die restriktivste oder konservativste Partei  
20 in der Koalition gehen. In dieser schwierigen Zeit müssen GRÜNE mutig sein. Wir  
21 fordern mehr GRÜNE Innenministerien!

### **Vielfalt statt Leidkultur**

23 Die jüngsten GroKo Verhandlungen haben gezeigt, welchen Anstrich eine Große  
24 Koalition einem Innenministerium geben möchte: Heimat und Abschottung. Gelungene  
25 Integration fällt bei der Bemühung, dem Rechtsruck hinterherzulaufen und eine  
26 Leitkultur zu konstruieren, hinten über. Stattdessen sollen umfassende  
27 Asylrechtsverschärfungen kommen.

28 Mit den geplanten Sammellagern, Residenzpflicht und der Ausgabe von

29 Sachleistungen zwingt die GroKo Geflüchtete in die Isolation. Durch ein  
30 lächerliches Kontingent für die Familienzusammenführung stürzt sie Geflüchtete  
31 desweiteren in Jahre der Unsicherheit und der Angst. Die Ausweitung der sicheren  
32 Herkunftsländer und gar Abschiebungen in Kriegsgebiete wie Afghanistan tun ihr  
33 übriges. Wer Schutzbedürftige so behandelt, hat kein Interesse an einer  
34 vielfältigen und erfolgreichen Gesellschaft, sondern spielt das Spiel der  
35 extremen Rechten. Wir lehnen diese Politik entschieden ab! Stattdessen setzen  
36 wir auf eine dezentrale Unterbringung, Bewegungsfreiheit und ein Recht auf  
37 Familienzusammenführung als Voraussetzung für gelungene Integration in den  
38 Kommunen.

39 Wir erkennen an, dass es hierbei nach wie vor großen Nachholbedarf gibt. Dafür  
40 muss aber Geld in die Hand genommen werden! Die Große Koalition verwehrt den  
41 Kommunen die nötigen Mittel um Integration gelingen zu lassen - gleichzeitig  
42 verkauft sie eine kommunale Überforderung als Argument für  
43 Asylrechtsverschärfungen. Sie betreibt damit weitere Abschottungspolitik auf dem  
44 Rücken der Geflüchteten und der Kommunen. Integrationsmittel müssen durch Bund  
45 und Land so großzügig angelegt sein, dass sie ambitionierten kommunalen  
46 Integrationskonzepten gerecht werden können, statt nur zögerlich Geld  
47 nachzuschießen. Migrantinnen und Migranten, aber auch Geflüchtete sind eine  
48 große Chance für unser Land. Wir müssen ihnen nur die gleichen Chancen einräumen  
49 wie dem Rest unserer Bevölkerung. Neben Sprachkursen und der Arbeitsvermittlung  
50 sollte der Bund massiver in sozialen Wohnungsbau investieren, um Menschen die zu  
51 uns kommen, den Einstieg zu erleichtern.

52 Damit die Integrationsaufgaben nicht weiter hintenüberfallen, unterstützen wir  
53 die GRÜNE Forderung nach einem eigenständigen Einwanderungs- und  
54 Integrationsministerium, in dem alle migrations-, flüchtlings-, integrations-  
55 und staatsangehörigkeitsrechtlichen Abteilungen zusammengefasst werden. Wir  
56 fordern außerdem ein progressives Einwanderungsgesetz, dass auf Chancen und  
57 nicht auf Leistung abzielt und Amnestie-Regelungen für all diejenigen, die sich  
58 ohne Status in Deutschland aufhalten. Kettenduldungen ohne Perspektive müssen  
59 endlich abgeschafft werden. Wir setzen uns außerdem für ein ius soli Prinzip bei  
60 der Staatsbürgerschaft und die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft ein.  
61 Alle Menschen, die Teil der deutschen Gesellschaft sind und von der deutschen  
62 Politik betroffen sind, sollte außerdem das Wahlrecht eingeräumt bekommen. Eine  
63 gerechte Gesellschaft für Alle gibt es nur mit gleichen Rechten für Alle!

64 **Digitale Revolution nicht als Chance der Überwachung, sondern als Chance der**  
65 **Freiheit begreifen!**

66 Repressive Innenpolitiker\*innen zeichnen sich insbesondere durch ihre  
67 Überwachungsfantasien aus. Instrumente, wie die Vorratsdatenspeicherung, wurden  
68 schon mehrmals vom Verfassungsgericht als verfassungswidrig bezeichnet und sogar  
69 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte untersagt. Dennoch geht die

70 Vorratsdatenspeicherung weiter. Mehr noch: Innenministerien fördern Projekte zum  
71 Ausbau der Videoüberwachung und ihre intelligente Vernetzung und tüfteln fleißig  
72 an Staatstrojanern, die unsere Computer und Handys ausspähen sollen.

73 Damit muss Schluss sein! Die digitale Revolution ist eine Chance für die  
74 Freiheit und den Aufbruch - nicht für mehr Überwachung. Wir wollen frei leben -  
75 sowohl offline, als auch online am PC oder Handy.

76 Eine progressive Innenpolitik schützt die Rechte der Bürger\*innen. Dazu gehört  
77 auch ein wirksamer Datenschutz. Wir fordern die konsequente Umsetzung der EU-  
78 Datenschutzgrundverordnung. Die Datenschutzbehörden, die den Innenministerien  
79 unterstellt sind und die unabhängigen Landesdatenschutzbeauftragten, brauchen  
80 mehr personelle Ressourcen um ihren Aufgaben nachzukommen. Ebenso brauchen sie  
81 weitere Sanktionswerkzeuge, die dann aber auch wirksam sein müssen um die  
82 Einhaltung des Datenschutzes verfolgen zu können.

83 Auch im Einsatz finden digitale Ressourcen immer mehr Anwendung. Die  
84 Polizeistatistik hat einmal im Jahr, bei ihrer Präsentation, ihren großen  
85 Auftritt und sie hat politische Folgen. Aufgrund der Polizeistatistik werden  
86 Probleme identifiziert und Lösungen vorgeschlagen, Politiker\*innen kritisiert  
87 oder gelobt. Dabei ist fraglich ob die Statistik in der Regel das aussagt, was  
88 sie glaubt auszusagen. Zahlen aus der Polizeistatistik finden dann ihren Weg in  
89 sogenannte Pre-Policing Systeme. Städte wie München oder Berlin nutzen bereits  
90 entsprechende Systeme, ohne das überhaupt bewiesen wurde, dass sie zu einer  
91 höheren Aufklärungsrate führen.

92 Wir fordern eine enge wissenschaftliche Begleitung der Erhebungen von  
93 Polizeistatistiken und ihrer Anwendung im Einsatz. Eine großangelegte Forschung  
94 auch im Bereich der Dunkelziffern muss dabei zwingend komplementär zu  
95 Polizeistatistiken verwendet werden. Der Einsatz von Pre-Policing Systemen darf  
96 nicht dazu führen, dass auf sich selbst bezogene Gefahrengebiete entstehen und  
97 Bürger\*innen noch mehr ein Gefühl der Unsicherheit vermittelt wird. Vielmehr  
98 müssen sie dazu dienen, Präventionsarbeit zu leisten.

99 **Aus Versagen lernen: Geheimdienste müssen in die Demokratie passen - nicht die**  
100 **Demokratie zum Geheimdienst!**

101 Islamistischer Terror ist zu einem globalen Problem geworden. Mit dem Anstieg  
102 des Terrors stieg auch die Angst der Menschen. Wir verurteilen jede Gewalt und  
103 jeden Anschlag aufs Schärfste! In unserer freien Gesellschaft lassen wir uns  
104 nicht von Terror einschüchtern. Fuck Daesh und Konsorten!

105 Der Fall Anis Amri hat gezeigt, dass Geheimdienste in ihrer Kernaufgabe versagt  
106 haben. Und nicht nur das: Die Geheimdienste des Verfassungsschutzes und des  
107

108 Bundesnachrichtendienstes sind immer noch eine Black Box. Auch für  
109 Politiker\*innen ist es oft schwer nachzuvollziehen, was innerhalb eines  
110 Geheimdienstes vor sich geht. Häufig verschweigen die Geheimdienste selbst  
111 gegenüber Politiker\*innen wichtige Informationen, die im Nachhinein durch  
Untersuchungsausschüsse geklärt werden müssen.

112 Fälle wie beim Nationalsozialistischen Untergrund, bei dem der Verfassungsschutz  
113 massenhaft Akten vernichtet und somit eine umfassende Aufklärung unterbunden  
114 hat, dürfen sich nicht wiederholen. Gerade vor dem Hintergrund eines  
115 gesellschaftlichen Rechtsruckes, der Bewaffnung von Reichsbürger\*innen und  
116 ganzen Landstrichen, in denen sich Nazis als organisierte Zellen  
117 zusammenschließen, muss es staatliche Aufgabe sein, den Terrorismus von Rechts  
118 im Auge zu behalten.

119 In der Aufklärung darf sich die Politik nicht den Geheimdiensten anpassen - die  
120 Geheimdienste haben sich an die parlamentarische Kontrolle der Politiker\*innen  
121 anzupassen. Mehr noch, die parlamentarischen Kontrollrechte und -pflichten  
122 müssen weiter ausgebaut werden! Ein Kontrollgremium alleine reicht nicht.  
123 Verantwortlichen Politiker\*innen muss der Zugang zu den Geheimdiensten und zu  
124 allen Akten zu jeder Zeit erlaubt werden. Nur so kann parlamentarische Kontrolle  
125 gelingen.

126 Darüber hinaus lehnen wir Geheimdienste als solche ab und wollen sie langfristig  
127 abschaffen. Geheimdienste stehen in einem Widerspruch zu einer demokratischen,  
128 offenen und aufgeklärten Gesellschaft.

129 Wir stehen weiter zu unserer Forderung der Abschaffung des Verfassungsschutzes.  
130 Der NSU-Skandal zeigte, dass der Verfassungsschutz seine Aufgabe nicht erfüllt.  
131 Statt seinem Namen gerecht zu werden und die Verfassung zu schützen, beschäftigt  
132 der Verfassungsschutz V-Leute und unterstützt damit rechte Strukturen und  
133 offenbar sogar den NSU. Darüber hinaus beobachtet er friedliche, linke  
134 Aktivist\*innen, statt gewaltbereite Neonazis und andere Rechte zu verfolgen und  
135 strafrechtlich relevante Erkenntnisse zu bringen.

136 Bis die Abschaffung der Geheimdienste mehrheitsfähig ist, setzen wir uns für  
137 eine stärkere parlamentarische Kontrolle ein. Die verschiedenen Landesämter für  
138 Verfassungsschutz sind überflüssig, das Bundesamt soll abgeschafft und neu als  
139 Zentrale zur Gefahren- und Spionageabwehr aufgestellt werden.

140 Prävention ist immer besser als Nachsicht, deswegen fordern wir den Ausbau von  
141 Peergroup Aussteiger\*innenprogrammen in den Bereichen Islamismus/Salafismus und  
142 der extremen Rechten. Prävention darf nicht nur in Moscheen anfangen, sondern  
143 muss Jugendliche schon in der Schul- und Jugendzentrumssozialarbeit mitnehmen.

144 **Damit die Polizei zu einer Polizei der Bürger\*innen wird**

145 Früher hieß es "Polizei - Dein Freund und Helfer". Doch was ist daraus geworden?  
146 Nur wenige Menschen haben noch Vertrauen in der Polizei. Fälle wie in Herford,  
147 bei dem nur eine kleine Videosequenz zur Belastung des Angeklagten dem Gericht  
148 vorgelegt und der entlastende Teil herausgeschnitten wurde, mindern das  
149 Vertrauen in die Polizei. Auch Demonstrierende machen Gewalterfahrungen mit der  
150 Polizei. Menschen, die von der Polizei rechtswidrige Behandlung erfahren haben,  
151 haben zwar immer die Möglichkeit sich vor Gericht zu wehren; aber nur sehr  
152 selten Chance darauf dies erfolgreich zu tun.

153 Als GRÜNE JUGEND NRW wollen wir dahin, dass die Polizei zu Freund und Helfer\*in  
154 der Menschen wird. Deshalb muss sie zu einer Polizei der Bürger\*innen werden.  
155 Dazu gehört, dass die Polizei mehr Ressourcen bekommt, um in Fuß- und  
156 Fahrradstaffeln für Bürger\*innen ansprechbar zu sein. Dazu gehört eben auch,  
157 dass rechtswidrige Handlungen der Polizei unabhängig und neutral verfolgt  
158 werden. Es ist offensichtlich, dass wenn Polizei gegen Polizei ermittelt,  
159 entsprechende Interessenskonflikte vorliegen. Wir fordern: Schafft eine anonyme  
160 Beschwerdesstelle und eine unabhängige Ermittlungsstelle! Unterstützt weiterhin  
161 Beratungsstellen für Betroffene von Polizeigewalt!

162 Ein weiterer Knackpunkt ist immer wieder die fehlende Möglichkeit der  
163 Identifikation der Polizeibeamten. Daher ist die Entscheidung der  
164 Landesregierung die Polizeikennzeichnung wieder zurückzunehmen auch so  
165 katastrophal: Es zerstört weiter jedes Vertrauen. Daher fordern wir: Führt die  
166 Kennzeichnungspflicht wieder ein!

167 Bodycams betrachten wir in diesem Zusammenhang nicht als ein nützliches  
168 Instrument der Kontrolle der Polizei. Es ist uns schleierhaft wie eine Kamera  
169 das Verhalten eines\*einer Polizist\*in kontrollieren soll, wenn sie auf die  
170 Person gegenüber gerichtet ist und sich das Videomaterial in der Gewalt der  
171 Polizei befindet. Wir fordern die Abschaffung von Bodycams!

172 Videoüberwachung schafft vielleicht punktuell das Gefühl von mehr Sicherheit,  
173 aber zur Verringerung von Kriminalität oder gar deren Aufklärung sind sie nicht  
174 geeignet. Straftäter\*innen werden videoüberwachte Gegenden meiden; dass Problem  
175 verlagert sich damit nur innerhalb einer Stadt. Übrig bleiben all diejenigen  
176 Menschen, die von nun an Tag für Tag überwacht werden und ständig  
177 aufgezeichnetes Videomaterial jedem Missbrauch offenstehen. Mehr Polizei auf den  
178 Straßen kann derartige Kriminalitätsschwerpunkte besser auflösen. Eine derartig  
179 gesteigerte Polizeipräsenz macht aber nur Sinn, wenn die Justiz angemessen  
180 schnell arbeitet und Verhandlungen zügig nach der Festnahme beginnen können.

181 Die Ermittlung von Tatverdächtigen muss dabei immer tatsächengestützt sein. Ein  
182 Racial Profiling, also die Behandlung von Menschen als Tatverdächtige aufgrund

183 ihrer zugeschriebenen Ethnie lehnen wir ab. Das Bundesverfassungsgericht hat  
184 diese Position schon mehrmals ebenso vertreten. In der Realität findet Racial  
185 Profiling jedoch nach wie vor regelmäßig statt. Diese Praxis muss konsequent  
186 angezeigt werden und die Polizist\*innen besser sensibilisiert und weitergebildet  
187 werden, sodass Ermittlungstätigkeit auch ohne Rassismus möglich ist.

### 188 **Arbeitnehmer\*innenrechte von Polizist\*innen ernst nehmen**

189 Polizist\*in zu sein heißt oft, einen Knochenjob mit unvorhersehbaren  
190 Arbeitszeiten auszuführen. Gerade Großeinsätze verlangen Menschen im Einsatz  
191 große Kräfte ab. Die strikte Einhaltung von Pausenzeiten, ebenso wie eine  
192 angemessene Verpflegung ist daher unerlässlich. Oft häufen Einsatzkräfte hohe  
193 Überstunden an, die durch komplizierte System innerhalb eines dreimonatigen  
194 Zeitraums ausgeglichen werden müssen. Überarbeitete und gestresste  
195 Polizist\*innen können nicht im Interesse unseres Staates sein. Auch um die  
196 Ausgleichung von Überstunden zu gewährleisten, fordern wir mehr Polizeikräfte  
197 und eine Entlastung der Vollzugskräfte durch mehr Verwaltungskräfte. Eine  
198 monetärer Ausgleich muss durch ein Langzeitkonto für Überstunden ergänzt werden.

199 Polizist\*innen schützen oftmals in Großeinsätzen Fußballspiele und häufen dort  
200 weitere Überstunden an. Klar ist: Fußballfans dürfen nicht unter Generalverdacht  
201 gestellt werden! Vereine müssen verstärkt Verantwortung übernehmen und  
202 zielgerichtet Fans vor Gewalttaten schützen. Es kann nicht sein, dass diese  
203 Verantwortung auf den Staat und seine Einsatzkräfte verlagert wird. Deshalb  
204 fordern wir die Vereine auf, mehr Geld in Präventionsmaßnahmen zu investieren  
205 und konsequent gegen Vereinigungen vorzugehen, die Fußballspiele als Plattform  
206 für Gewalt und/oder Rassismus missbrauchen. Vereine, die sich wie der SV  
207 Babelsberg 03 müssen konsequent gegen Rassismus einsetzen, müssen dabei  
208 unterstützt und nicht bestraft werden. Faninitiativen, die durch  
209 Selbstverwaltung ihrer Kurve Einsatzkräfte entlasten, müssen von Vereinen mehr  
210 unterstützt werden.

211 Polizist\*in sein heißt auch, sich jeden Tag in Gefahrensituationen begeben zu  
212 müssen. Dabei muss man sich im Zweifel auf Kolleg\*innen verlassen können. Aus  
213 diesem Grund ist es unersetzlich, konsequent gegen Diskriminierung und Mobbing  
214 innerhalb der Polizei zu kämpfen. Ombudsleute als unabhängige Beschwerdestellen  
215 sollten daher in jedem Kreis ein offenes Ohr für die Angestellten bieten. Eine  
216 psychologische Betreuung von Arbeitnehmer\*innen ist in solchen Fällen und für  
217 Polizist\*innen, die Gewalt erfahren mussten, zu gewährleisten. Wir verurteilen  
218 Gewalt gegen Polizist\*innen im Einsatz.

### 219 **Freiheitsrechte ausbauen und verteidigen**

220 Ob der Pfefferspray-Einsatz in Hamburg oder die Wasserwerfer beim AfD-Parteitag  
221 in Hannover. Häufig lassen die Einsatztaktiken der Polizei bei Demonstration

222 Zweifel an ihrer Verhältnismäßigkeit aufkommen. Für uns ist klar: Demonstrieren  
223 gehen darf für niemanden ein Gesundheitsrisiko sein- weder für Demonstrant\*innen  
224 noch für die Polizei. Daher fordern wir als ersten Schritt das sofortige Verbot  
225 von Pfefferspray und Pepperballs. Der Einsatz von Wasserwerfern bei extrem  
226 kalten Bedingungen muss wie ein Schusswaffengebrauch dokumentiert werden.  
227 Konsequente deeskalative Maßnahmen sind immer vorzuziehen. Einen Einsatz von  
228 Pferdestaffeln lehnen wir zum Schutz von Mensch und Tier ebenfalls ab.

229 Das Demonstrationsrecht ist ein starker Pfeiler der Meinungs- und Redefreiheit  
230 in Deutschland. Die strafrechtliche Verfolgung von Demonstrant\*innen darf nicht  
231 dazu dienen, Menschen vom Demonstrieren abzuhalten oder abzuschrecken, sondern  
232 einzig und allein der Verfolgung von begangenen Straftaten. Willkürliche  
233 Repression wie die Festsetzung des Falken-Busses zum G20 Gipfel in Hamburg  
234 untergraben das Demonstrationsrecht. Die Wahrung des Presserechts ist in jedem  
235 Falle zu gewährleisten - ein willkürlicher Ausschluss von Journalist\*innen  
236 anhand von vorgehender kritischer Berichterstattung ist zu verurteilen und zu  
237 verfolgen.

238 Von einer Polizei unter einem GRÜNEN Innenministerium und auch generell erwarten  
239 wir, dass sie Gerichtsurteile und die Gewaltenteilung achtet und nicht wie  
240 beispielsweise im Zuge der G20-Proteste in Hamburg von Gerichten erlaubte  
241 Protestscamps räumen lässt.

242 Nicht nur bei Demonstrationen, auch in ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement  
243 sind Menschen Repressionen ausgesetzt. Anlasslose Durchsuchungen oder solche,  
244 bei denen der Anlass viel Fantasie erfordert, sind für viele Aktivist\*innen  
245 schwerwiegende Eingriffe in ihr persönliches Engagement. Im schlimmsten Fall  
246 können Menschen, auch solche die keine eigene Straftat begangen haben, als  
247 Mitglied einer terroristischen Vereinigung verfolgt und bestraft werden. Das  
248 muss aufhören und die GRÜNE JUGEND NRW fordert daher die ersatzlose Streichung  
249 des §129a aus dem Strafgesetzbuch.

250 Ebenso muss die Verhältnismäßigkeit bei der Auflösung von Demonstrationen  
251 gewahrt bleiben. Einen Demozug wegen PKK-Fahnen aufzulösen, wie in Köln  
252 geschehen, ist nicht gerechtfertigt und wir bekräftigen an dieser Stelle noch  
253 einmal unsere Forderung nach einer Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland.

## 254 **Glossar**

255 **Residenzpflicht:** Eine Residenzpflicht schreibt Geflüchteten vor, dass sie sich  
256 nur in einem von den Behörden vorgegebenen Gebiet (meistens Kreis) aufhalten  
257 dürfen.

258 **Sachleistungen:** Geflüchtete bekommen mit dem Sachleistungsprinzip kein Geld, dass  
259

260 sie eigenständig verwenden dürfen, sondern müssen die Verpflegung, Kleidung und  
261 weitere Gegenstände annehmen, die der Staat für sie bereitstellt.

261 **Amnestie:** Amnestie bedeutet, dass rechtliche Verstöße, die in der Vergangenheit  
262 begangen wurden, für nichtig erklärt werden.

263 **Kettenduldungen:** Das deutsche Asylrecht unterscheidet von einem Aufenthaltstitel  
264 und einer Duldung. Menschen, die in Deutschland nur geduldet werden, sind  
265 weiterhin ausreisepflichtig. Dieser Status kann über Jahrzehnte für Betroffene  
266 und auch ihre Kinder hingezogen werden, sodass zum Beispiel Kinder in Länder  
267 abgeschoben werden, die sie noch nie betreten haben.

268 **ius soli Prinzip:** So nennt sich ein Staatsangehörigkeitsrecht, dass danach geht,  
269 in welchem Land man geboren wurde.

270 **Vorratsdatenspeicherung:** Mit der Vorratsdatenspeicherung werden personenbezogene  
271 Daten, vor allem Kommunikationsdaten wie zum Beispiel Telefonverbindungen die  
272 man getätigt hat, beim Staat vorgehalten ohne dass ein aktueller Tatverdacht  
273 besteht.

274 **Videoüberwachung:** Bezeichnet die Aufzeichnung durch Kameras im öffentlichen  
275 Raum, die gespeichert wird.

276 **Videobeobachtung:** Bezeichnet die Aufzeichnung und Echtzeit-Auswertung von  
277 Aufnahmen im öffentlichen Raum, d.h. ein\*e Polizeibeamt\*in sitzt in einer  
278 Zentrale und reagiert auf Vorfälle.

279 **Staatstrojaner:** Auch Quellen-Telekommunikationsüberwachung genannt, bezeichnet  
280 das Aufspielen von staatlicher Fremdsoftware auf ein Handy, Computer oder  
281 Tablet, um dann die Zielperson auszuspähen.

282 **Pre-Policing Systeme:** Diese Systeme errechnen anhand von Kriminalitätsstatistiken  
283 Wahrscheinlichkeiten dafür, dass in einer bestimmten Gegend Straftaten begangen  
284 werden. Aus diesen Wahrscheinlichkeiten können dann die Behörden Rückschlüsse  
285 ziehen, wie zum Beispiel die Entsendung von Streifenwagen in den betroffenen  
286 Gebieten.

287 **Dunkelziffer:** Die Dunkelziffer ist die Anzahl der Verbrechen, die gar nicht erst  
288 registriert werden, weil sie nicht angezeigt oder entdeckt werden.

289 **Daesh:** Ist eine alternative Bezeichnung für den von sich selbst so genannten  
290 „Islamischen Staat“ und ist ein Akronym aus dem arabischen für "Der Islamische  
291 Staat im Irak und der Levante". Er erkennt der Terrororganisation seinen  
292 irrwitzigen Weltherrschaftsanspruch ab. Das Wort kann im Arabischen außerdem als



293 Bezeichnung für Fanatiker gebraucht werden.

294 **Black Box:** Bezeichnet ein System, dass nur von außen betrachtet werden darf. Die  
295 Organisation und das Wissen im Inneren bleiben verborgen.

296 **Untersuchungsausschüsse:** Werden von Parlamenten einberufen, um einen Sachverhalt  
297 aufzuklären.

298 **Reichsbürger\*innen:** Diese verschwörungstheoretische Bewegung bestreitet die  
299 Existenz Deutschlands als legitimen und souveränen Staat. Sie berufen sich auf  
300 einen Weiterbestand des Deutschen Reiches entweder als Kaiserreich oder in den  
301 Grenzen von 1937.

302 **Nationalsozialistischen Untergrund:** Kurz NSU, bezeichnet eine rechte Terrorzelle  
303 in Deutschland, denen bis heute 10 Morde und zwei Sprengstoffattentate mit 23  
304 Verletzten zugerechnet werden.

305 **Peergroup Aussteiger\*innenprogramm:** Menschen mit ähnlichen Erfahrungen und  
306 Hintergründen helfen Anderen, auszusteigen.

307 **Kennzeichnungspflicht:** Polizist\*innen tragen auf Demonstrationen eine Reihe von  
308 Symbolen und Zahlen auf ihrer Ausrüstung um sie eindeutig identifizieren zu  
309 können. Diese Kennzeichnung kann sich von Demo zu Demo ändern.

310 **Bodycams:** Sind eine kleine Kameras, die auf dem Oberkörper von Polizist\*innen  
311 angebracht werden. Ab wann diese Kameras aufzeichnen, wird in verschiedenen  
312 Bundesländern unterschiedlich gehandhabt.

313 **§129a:** Dieser Paragraph wurde in Deutschland als Reaktion auf die Rote Armee  
314 Fraktion (kurz RAF) eingeführt. Durch ihn können Menschen für eine angebliche  
315 Mitgliedschaft in terroristischen Vereinigungen verurteilt werden, ohne jemals  
316 an Straftaten der Vereinigung beteiligt gewesen worden zu sein.

## Begründung

erfolgt mündlich.